

„Berliner Tageblatt“

und Sonntags-Ausgabe erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal. Die Zahl der Abonnenten...



Abonnements-Preis

durch d. Post bezog. vierteljähr. 0.90, halbjähr. 1.70, jährlich 3.20. Ausland 1.80, für 1 Jahr 3.40...

Berliner Tageblatt

Nr. 29 33. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Sonntag 17. Januar 1909

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 5.

Politische Wochenschau.

Von Paul Michaelis.

Reichstag und preussischer Landtag haben am Dienstag ihre Arbeiten wieder aufgenommen. In üblicher Weise begann in Preußen die parlamentarische Arbeit nach den Weihnachtstagen mit der Etatsrede des Finanzministers v. Rheinbaben.

Allerdings muß man es Herrn v. Rheinbaben nachsagen, daß ihm die Tatsachen, so unerfreulich sie sein mögen, noch immer nicht genügen. Er machte es wie Gietzen und „schwärtz“ wohl gar, ihm's immer noch nicht schwarz genug war.

Dabei läßt sich doch nicht verkennen, daß es einige Mühe gemacht hat, den kommenden Etat so aufzustellen, daß dabei ein Schlußbetrag von 176 Millionen herausgerechnet werden konnte. Man mußte schon das Extraordinarium ungewöhnlich hoch ansetzen und die zu erwartenden Einnahmen ungewöhnlich niedrig bemessen, um zu diesem Ergebnis zu gelangen.

Die parlamentarische Kritik des preussischen Etats ist der bevorstehenden Woche vorbehalten geblieben. Die Zwischenzeit wurde durch eine Debatte über die Arbeitslosigkeit ausgefüllt, die nichts Neues brachte, aber die agrarische Abweisung gegen die Freizügigkeit allbezüglich durchführbar ließ. Daran schloß sich eine völlig überflüssige Aktion gegen die sogenannten Schußheute abende und ähnliche Ausschreitungen der Reichstages, denen die Finsternisse des Reichstagsparlamentes künstlich eine Bedeutung beilegte, die sie nie befehlen haben, einzig zu dem Zwecke, aus der sündige Welt die Schalen des zeitlichen Jorns auszugeben zu können.

Im Reichstage stehen die Finanzfragen gleichfalls in der ersten Reihe, wobei der finanzielle Schwerpunkt vorläufig in die Kommissionen verlegt worden ist. Die Budgetkommission müßt sich nach Kräften ab, Staatsrat aufzusuchen, bei denen gepart werden könnte. Aber sie muß mehr und mehr einsehen, daß es mit Kleingeiten nicht getan sein kann.

aufsehen, wenn man wirklich Ersparnisse erzielen will, die ins Gewicht fallen. Wie weit darüber eine Verständigung zwischen den auf Sparfüßigkeit drängenden Parteien und der Regierung zu erzielen ist, das muß sich erst noch im weiteren Verlauf der Budgetberatung zeigen.

Die Steuerkommission hat gleichfalls noch keine Positionen in der Rechnung des Reichsdachsekretärs aufzufinden vermocht, bei denen eine erhebliche Kürzung möglich wäre. Nur die Fahrkartensteuer, die Herr Schwob überhaupt preisgeben wollte, erscheint ihr einer Retocum wert, die nur leider diese verhafte Steuer vollends zu einem anti-sozialen Gebilde stampeln würde.

„Nunmer“ deutlicher tritt zulage, daß die angebliche „Reform“ der Reichsfinanzen gar nichts anderes ist, als die Fortsetzung der mißglückten Blummacherei des Jahres 1906. Nur das die Fehler, die damals gemacht worden sind, noch übertrumpft. Es ist auch bezeichnend für die politische Lage, daß sich bei der Beratung über die Fahrkartensteuer die Steuerparteien von 1906 wieder zusammenfanden, und daß das Zentrum sich mit den Konservativen afsorgierte.

Je näher allem Anschein nach der Augenblick rückt, in dem der Bloß die Probe auf sein ferneres Existenzrecht zu erbringen haben wird, um so bedeutamer werden die Beratungen der Geschäftsordnungskommission über die Reformen auf dem Gebiet der Verfassung und der Geschäftsordnung des Reichstages. Die Kommission hat beschlossen, zunächst die Geschäftsordnung in Angriff zu nehmen, und sie hat dazu eine Unterlage erhalten in sehr genau durchgearbeiteten Vorschlägen der freisinnigen Parteien und der Rationalisten. Man will besonders das Interpellationsrecht des Reichstages weiter ausbauen, um es zu einer brauchbaren Sandbox für eine stärkere Aktivität des Reichstages zu machen.

Reichs und über die auswärtige Politik des Deutschen Reiches wird er höchstens informiert, wenn die Entscheidung bereits getroffen und an den Tatsachen nichts mehr zu ändern Kulturvolles unwidriges Zustand läßt sich natürlich nicht auf heute auf morgen völlig umgefallen. Aber die Vorschläge, die Interpellationen schneller und sicherer als bisher im Reichstage zur Sprache zu bringen, die Begünstigung, Anträge an Interpellationen zu knüpfen, und das Recht, an die Regierung bestimmte kurze Anfragen tatsächlichen Inhalts zu richten, würden immerhin die Wirkung haben, den Einfluß des Reichstages auf die praktische Politik des Reiches zu erhöhen.

Zu der großen Masse des gegebenerischen Materials, das dem Reichstage bereits vorliegt, hat das Reichsamt des Innern noch einen Entwurf über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs gefügt, der sich als eine weitere Ausgestaltung des Gesetzes von 1896 präsentiert. Man wird diesem Entwurf nur mit Misstrauen begegnen können. An sich ist die Lauterkeit in Handel und Wandel gewiß eine schöne Sache. Aber die ebenso großen als ausgetüftelten Vorschritten des neuen Entwurfs zur Verhinderung von unlauteren Machenschaften im kaufmännischen Leben bieten doch gar zu viel Anlaß zu allerhand Schlägen, drohen die gesunde Nüchternheit zu lähmen, dem Eshenorian die Stange zu haken und damit der kaufmännischen Tätigkeit schwere Hindernisse in den Weg zu legen. Die betroffenen kaufmännischen Kreise werden jedenfalls gut tun, sich diesen Entwurf recht genau anzusehen und ihren Widerspruch, soweit er angebracht ist, rechtzeitig zur Geltung zu bringen.

Anders liegen die Dinge bei dem Gesekentwurf über die Arbeitskammern, den der Handelslag in der letzten Woche bedauerlicherweise abgelehnt hat. Wir sind weit entfernt, in den geplanten Arbeitskammern ein Alibiinstrument gegen die soziale Zerstückelung des Volkes zu sehen, aber wir stimmen mit dem Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg dazu überein, daß sie wenigstens eine Ausprägung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglichen.

Damit allein schon geben sie die Grundlage für eine gewisse Verständigung über manche Fragen des praktischen Lebens, über die sonst auf beiden Seiten erbittert gekämpft werden würde.

Erfreulicherweise hat sich in der letzten Woche der Balkan-Himmel entwölkt. Es ist gelungen, den österreichisch-türkischen Konflikt durch weitgehendes Zugewinnen des Oesterreichs bezulegen. Wie auch aus den Erklärungen des türkischen Großwesirs Kamal Pascha in der türkischen Kammer herabzogen, darf nun das Zustandekommen der Orientkonferenz als gesichert gelten. Nur in Serbien und Montenegro ist man mit dem Ausgang unzufrieden, und zwar bis zu einem Grade, daß bereits von der Abdankung der Fürsten beider Länder die Rede ist. Aber die Großmächte scheinen entschlossen zu sein, sich durch die Proteste dieser Geringswertigen in der friedlichen Schlichtung der Orientwirren nicht stören lassen zu wollen, und alle Friedensfreunde werden ihnen bei diesem Bemühen Erfolg wünschen können.

Der deutsch-liberianische Zwischenfall.

Wegen der durch die „Agence Havas“ gemeldeten Beschießung eines deutschen Dampfers durch einen liberianischen Kanonenboot, wie wir erfahren, von deutscher amtlicher Stelle sofort Nachrichten eingelordert worden. Da die Beziehungen zwischen Deutschland und der Republik Liberia in der letzten Zeit durchaus frei von Zwischenfällen waren, ist man mit einer Kritik des angeblichen Vorganges, über den bisher eine Meldung nur aus nichtdeutscher Quelle vorliegt, sehr zurückhaltend. Der in der Havas-Meldung behauptete Abgang eines Stationschiffes von Kamerun nach Liberia mißte, wenn er tatsächlich erfolgt wäre, hier bereits bemerkt sein. Bis zur Stunde ist dies aber nicht der Fall. Die Boermann-Dinie teilt zu diesem Gegenstande folgendes mit: Von einer Beschießung der Dampfer kann keine Rede sein. Die Dampfer sind nur angehalten und durch einige Stunden Aufenthalt belästigt worden. Die Boermann-Dinie hat sich bereits beschwerde eingelegt an das zuständige Amt gewandt. Einer der angehaltenen Dampfer ist inzwischen bereits in Hamburg eingetroffen.

Fürst Nikolaus von Montenegro.

Falsche Abdankungsgerüchte.

Gerüchte von einer bevorstehenden oder bereits erfolgten Abdankung des Fürsten Nikolaus von Montenegro und von der Thronbesteigung des Prinzen Mirko sind gestern in Wien und Berlin im Umlauf gewesen. Erfindungen, die wir an hiesigen und Wiener amtlichen Stellen eingezogen haben, ergaben die völlige Haltlosigkeit dieser Nachrichten. In Bestätigung unserer Informationen meldet unser Wiener Korrespondent: Wien, 16. Januar. (Privat-Telegramm.) Die Nachricht von der Abdankung des Fürsten Nikolaus von Montenegro ist, wie aus Rattaro hierher telegraphiert wird, unwahr und nichts als ein falsches und tendenziöses Gerücht. Dagegen wird gemeldet, daß sich Fürst Nikolaus über Antivari nach Petersburg begibt.

Nach unser Wiener Korrespondent berichtet uns in einem Privat-Telegramm, daß die Gerüchte von der Abdankung des Fürsten Nikolaus, die gestern auch in den Balkanstaaten verbreitet waren, durchaus unbegründet geblieben sind. Die falschen Gerüchte sind auf die montenegrinischen Verschwörer zurückzuführen, die feinerzeit den Versuch eines Bombenanschlags auf den Fürsten Nikolaus unternommen und als Verurteilte nach Serbien flüchteten. Von dort aus betreiben sie jetzt eine lebhaftes Agitation gegen den Fürsten von Montenegro, die der Echaltung guter Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro nichts weniger als förderlich ist und bereits zu ersten Verstimmungen zwischen den beiden Bänken geführt haben soll.

Die österreichisch-türkischen Verhandlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.) Konstantinopel, 16. Januar.

Während der heutigen dreistündigen Unterredung zwischen dem österreichisch-ungarischen Volskhafter Markgrafen Pallavicini und dem Großwesir Kamal Pascha wurde die Details über die Bezahlung der Abfindungssumme und alle anderen Vorschläge besprochen. Die Bezahlung soll in drei Raten erfolgen. Der morgige Ministerrat wird nur über diese Fragen beraten. Kamal Pascha erklärte auf eine Anfrage nach dem Stande der Dinge: Wir sind noch nicht in offizielle Verhandlungen eingetreten, und Oesterreich-Ungarn hat uns noch nicht einmal seine Vorschläge offiziell übermitteln. Ueber die Vorklatschbewegung sind die widersprechenden Mitteilungen und Meinungen verbreitet; es wird berichtet, daß der österreichische Bloß bereits morgen oder am Montag im hiesigen Hafen wieder eingehendert läßt sein könne.

Die Debatte in der heutigen Kammeritzung, in der der Finanzminister wegen der Verzögerung der Ein-